

Thomas Greven

Tuareg-Rebellion, Islamismus und Staatskrise in Mali¹

Nach der Intervention Frankreichs am 11.1.2013 verändert sich die Situation im Norden Malis momentan täglich. Dieser Beitrag versucht jenseits einer tagesaktuellen Betrachtung die Hintergründe der jüngsten Tuareg-Rebellion, des Islamismus und der Staatskrise in Mali zu erhellen.

Hintergründe der Krise im Norden Malis

Die Krise im Norden Malis, einer unzugänglichen und armen Wüsten- bzw. Sahelregion von der Größe Frankreichs, deren tausende Kilometer lange Grenze zu Mauretanien im Westen, Algerien im Norden, Niger im Osten und Burkina Faso im Süden weitgehend durchlässig ist, hatte ihren Anlass in der unkontrollierten Einreise schwer bewaffneter ehemaliger Gaddafi-Kämpfer nach deren Niederlage in Libyen Ende 2011. Frankreichskritische Stimmen in Mali vermuteten, dass ihr Abzug mit dem Ziel verhandelt worden war, dass die von den Tuareg-Kämpfern gegründete MNLA (*Mouvement National de Libération de l'Azawad*) die Präsenz von islamistischen Terroristen im Norden Malis bekämpfen sollten. Im Austausch würde Paris das Bestreben nach Autonomie von „Azawad“, von der MNLA definiert als das Gebiet der drei nördlichen Verwaltungsregionen Malis, Timbuktu, Gao und Kidal, unterstützen (de Sardan 2012).² Der Militärputsch in der Hauptstadt Bamako am 22. März 2012 begünstigte schnelle militärische Erfolge der Rebellen, in deren Verlauf es zu Plünderungen und Vergewaltigungen kam, weswegen die MNLA für die meisten Malier_innen schlicht eine Banditengruppe ist. Die MNLA ging im Zuge der Rebellion ein Bündnis mit der islamistischen Tuareg-Gruppe Ansar Dine (Verteidiger des Glaubens) ein, welche ihrerseits

1 Ich bedanke mich bei meinen Gesprächspartner_innen in Mali. Mein ganz besonderer Dank gilt Abdourhamane Dicko.

2 „Azawad“ ist eigentlich nur ein Landstrich im Norden Malis. Die MNLA unterhält eine Repräsentanz in Paris. In Mali ist nicht vergessen worden, dass Frankreich Ende der 1950er Jahre einen eigenständigen Sahara-Staat gründen wollte; die Tuareg wurden der Kollaboration verdächtigt.

mit AQMI (*Alqaida au Mahgreb Islamique*) verbündet ist, der Terrorgruppe, um deren Bekämpfung es Frankreich ging.

Ursprünglich handelte es sich bei AQMI um eine Salafistengruppe aus Algerien, welche den staatlich kaum kontrollierten Norden Malis als Rückzugsraum benutzte, und dann in der dortigen arabischen Minderheit auch familiäre Bande knüpfte. AQMI, seit 2007 Ableger von Al Qaida, betreibt seit Jahren die Entführung westlicher Staatsbürger_innen, zunächst begrenzt auf die Nachbarländer Malis. Zudem bestehen Verbindungen zum organisierten Drogenschmuggel.

Während das Interesse Frankreichs an einer Bekämpfung von AQMI, welche derzeit ein Dutzend Geiseln festhält, eindeutig ist, ist eines an einer Spaltung Malis wenig plausibel. Malische Beobachter_innen spekulieren aber, das Paris eine erneute militärische Präsenz in Mali erreichen will, auch aufgrund der Nähe zu den wichtigen Uranminen in Niger, und französischen Unternehmen einen besseren Zugang zu den im Norden Malis vorhandenen oder vermuteten Rohstoffen zu sichern versucht.

Die malische Regierung unter dem damaligen Präsidenten Amadou Toumani Touré (ATT) unternahm Ende 2011 nichts, um die etwa 2.000 Kämpfer zu entwaffnen. Auch nach Beginn der Rebellion blieb der Präsident handlungsschwach, was die Gerüchte über seine Verstrickung bzw. die seiner Regierung und des Militärs in den Drogenhandel und die Geiselnahmen im Norden verstärkte. Diese Gerüchte basieren unter anderem auf der Vermittlungsrolle ATTs beim Freikauf im Norden Malis versteckter westlicher Geiseln. Auch westliche Beobachter_innen waren zunehmend skeptisch ob der Rolle ATTs und vermuteten einen Kuhhandel (ebd.; Rocksloh-Papendieck/Papendieck 2012) – in der Tat wurden bis 2011 in Mali selbst keine Entführungen vorgenommen und der Tourismus war eine (bescheidene) Wachstumsindustrie. Erst im November 2011, nach mehreren Entführungen im Norden Malis, erkannte die malische Regierung die Relevanz des AQMI-Problems öffentlich an.

Die Ursachen dieser neuesten einer Reihe von Tuareg-Rebellionen seit der Unabhängigkeit Malis 1960 liegen tief (vgl. ebd.; Doumbi-Fakoly et al. 2012). Ohne die Romantisierung der berberischen „Hommes bleus“ als „Freiheitskämpfer“ in manchen westlichen Medien zu reproduzieren, geht es im Kern um eine dramatisch unterentwickelte und von der malischen Zentralregierung stets vernachlässigte Region. Diese wird zwar nicht mehrheitlich von Tuareg bewohnt, doch stellen deren verschiedene Klans gemeinsam die größte einzelne Gruppe.

Die Entwicklungsproblematik, die alle Bewohner_innen des Nordens betrifft, wird durch das schwierige Verhältnis von Tuareg auf der einen Seite und Sonrhai und Peul auf der anderen verschärft. Traditionell gibt es in dieser regenarmen Region Konflikte um Wasser. Die klimatischen Veränderungen, Dürren und das weiterhin große Bevölkerungswachstum haben die Zugangs- und Vertei-

lungproblem zwischen Bauern/Bäuerinnen und Tierhalter_innen verstärkt und überfordern bestehende Konfliktlösungsmechanismen.

Die Veränderungen treffen die Tuareg stärker als Sonrhai und Peul, und auch stärker als Araber_innen und Maur_innen, kleine Minderheiten im Norden Malis, welche oft sesshafte Kaufleute sind. Auch der Einzug der Demokratie war problematisch, weil Wahlen hier noch stärker als in anderen Teilen Malis (und stärker als bei den Sonrhai und Peul, welche ebenfalls stark hierarchisiert sind) die traditionelle Herrschaft der Familie oder des Klans, die bzw. der die Gemeinschaft oder das Dorf einst gegründet hatte, herausfordern. Ifoghas verloren Wahlen gegen die zahlreicheren Imrhat, akzeptierten den Verlust ihrer Führungsrolle aber nicht.

Mehr als ein Nationalbewusstsein, welches im Süden stärker vorhanden ist, hilft traditionell der von den Malier_innen mehrheitlich praktizierte Islam, kulturelle Grenzen und rassistische Tendenzen zu überwinden. Die malische Gesellschaft verfügt zudem über kulturelle Praktiken zur Konfliktvermeidung und -lösung, welche das weitgehend friedliche Zusammenleben in einer multiethnischen und multireligiösen Gesellschaft ermöglichen (insbesondere die sogenannten „Scherzbeziehungen“, frz. *Cousinage*, zwischen Familien, Ethnien, Generationen, und die auch klassenübergreifenden Teerunden, „grins“ genannt). „*Cousinage*“ und „grins“ sorgen für friedliche Beziehungen zwischen Muslim_innen und Christ_innen und Angehörigen verschiedener Ethnien. Versagen diese Mechanismen jedoch, werden Konflikte potenziell auch mit Gewalt ausgetragen. Der Staat ist aufgrund von Unterausstattung und Korruption bei Polizei und Gerichten nicht in der Lage, dies zu verhindern, und wird oft auch nicht als Konfliktlösungsinstanz anerkannt.

Im Norden Malis sollten nach der Niederschlagung einer breit getragenen Tuareg-Rebellion in den frühen 1990er Jahren unter anderem durch umfassende Entwicklung des Nordens die Konfliktursachen beseitigt werden. Dies gelang trotz tatsächlich gestiegener Anstrengungen der Zentralregierung und internationaler Geber nicht. Die lokale Bevölkerung fühlte sich von den von Bamako eingesetzten Leiter_innen nicht repräsentiert und die Korruption erschwerte nachhaltige Fortschritte. Seit dieser Rebellion ist das soziale Gefüge im Norden grundlegend gestört. Sonrhai und Peul gründeten (zunächst klandestin) Milizen, Ganda Koy und Ganda Iso, ebenso die arabische Minderheit.

Nach einer weiteren Rebellion in der mehrheitlich von Tuareg bewohnten Region Kidal im Jahr 2006 stimmte Präsident ATT einem weitgehenden Rückzug der staatlichen Präsenz aus dieser Region zu. Da diese Präsenz vor allem eine militärische war und zudem oft von Korruption und Misswirtschaft geprägt war, blieb sie insbesondere unter den Tuareg immer umstritten, z.B. bezüglich des oft verweigerten Besuchs der staatlichen Schulen.

Nach den Friedensschlüssen wurden die rebellischen Kämpfer in die malische Armee integriert, viele andere Tuareg wurden Regierungsbeamt_innen. Doch die politische Strategie der Einbindung misslang, auch weil zunächst die Tuareg-Chefs nicht mit wirklichen Funktionen ausgestattet wurden und die unteren Ränge nicht die notwendige Ausbildung erhielten. Die Zugeständnisse stießen zudem auf erhebliche Kritik bei der Mehrheitsbevölkerung und wurden als unverdiente Bevorzugung bzw. als Belohnung von unpatriotischem Fehlverhalten betrachtet. Die zahlreichen Desertionen von Tuareg-Einheiten in der Frühphase der aktuellen Rebellion schienen dies zu bestätigen.

Im Norden Malis stieg das Interesse an staatsfreien Räumen, weil sich im Zuge der wachsenden Präsenz salafistischer Terroristen aus Algerien (AQMI) zeigte, dass mit Entführungen westlicher Staatsbürger_innen und Drogenschmuggel weit bessere Geschäfte zu machen waren als mit traditionellen Tätigkeiten oder Tourismus. Schließlich drängten insbesondere die USA und Frankreich ATT dazu, die militärische Präsenz im Norden wieder zu verstärken und entschlossen gegen AQMI vorzugehen. Es musste zwangsläufig zu einem Konflikt kommen, weil der staatsfreie Raum und damit die diversen illegalen Geschäfte gefährdet waren.

Innerhalb der Tuareg kam es auch deshalb zu Konflikten, weil ATT nach dem Prinzip „Teile und herrsche“ die zahlreichere Gruppe der Imrhat bevorzugte, die ehemaligen Vasallen der Herrschergruppe der Ifoghas, insbesondere in der Armee. Sowohl die MNLA wie auch die islamistische Tuareg-Gruppe Ansar Dine bestehen mehrheitlich aus Ifoghas; sie kämpfen um ihre Vorherrschaft. Iyad Ag Ghali, der Ansar Dine gründete, weil er die gewünschte Führungsrolle in der MNLA nicht bekam, spielte nach der Tuareg-Rebellion der 1990er Jahre eine Vermittlerrolle in der malischen Nord-Politik (auch bzgl. der Geiselerhandlungen), hat sich später aber wahabistisch radikalisiert und von der malischen Regierung abgewendet. Die Islamisierung ist eine neue Facette in der Reihe der Tuareg-Rebellionen; die strenge Auslegung der Scharia kann als neues Mittel zur Legitimation einer traditionellen Führungsrolle verstanden werden.

Die MNLA wurde nach den schnellen militärischen Erfolgen der Rebellion marginalisiert –der Abgeordnete Elhadj Baba Haidara aus Timbuktu sagte hämisch, sie hielte nur noch ein paar Pariser Fernsehstudios. Viele ihrer Kämpfer liefen zu Ansar Dine über, seitdem deren u.a. aus Katar finanzierte Dominanz deutlich wurde. Ansar Dine profitierte militärisch von dem Bündnis mit AQMI und MUJAO (*Mouvement pour l'Unité et le Jihad en Afrique de l'Ouest*) sowie anderen islamistischen Gruppierungen wie Boko Haram aus Nigeria. MUJAO wurde von arabischen Maliern gegründet, weil sich AQMI nicht ausreichend Nicht-Algeriern geöffnet hat, insbesondere bezüglich Führungspositionen. Die Gruppierung, geführt von einem Mauretanier, besteht zum großen Teil aus Ma-

liern des Nordens (Tuareg und junge Sonrhai und Peul, teils aus Protest gegen die Plünderungen und Vergewaltigungen der MNLA; de Sardan 2012) und erhält auch Zulauf aus dem Süden Malis und anderen Ländern. Hierfür sind neben dem Islamismus auch Abenteuer und schneller Reichtum Motive, denn MUJAO ist im Drogenhandel aktiv. Gemeinsam kontrollierten die islamistischen Gruppierungen von März 2012 bis Januar 2013 zwei Drittel des malischen Staatsgebietes und führten eine äußerst strenge Form der Scharia ein.

Weder Tuareg-Irredentismus noch Islamismus sind im Norden Malis mehrheitsfähig, auch nicht unter den Tuareg, welche zudem in zwei von drei Regionen des Nordens nur eine Minderheit sind – die Ausnahme ist Kidal an der Grenze zu Algerien, wo allerdings nur etwa 80.000 Menschen leben. Tatsächlich ist ein großer Teil der inzwischen fast 500.000 Flüchtlinge, die entweder in Mali selbst oder im angrenzenden Ausland Schutz gesucht haben, Tuareg bzw. Tamashek-sprechend. Auch im malischen Militär dienen loyale Tuareg (Ag Erless/Koné 2012). Es besteht dennoch die Gefahr fortgesetzter Repressionen, insbesondere durch die Armee und die Milizen, gegen Tuareg und andere „Hellhäutige“. Zu ersten Übergriffen ist es schon 2012 gekommen.

Hintergründe der malischen Staatskrise

Auch die Ursachen der krisenhaften Zuspitzung in der Hauptstadt vor und seit dem Militärputsch vom 22. März 2012 liegen tief (vgl. Koné 2012; Lohmann 2012). Unmittelbarer Anlass der Meuterei und des darauffolgenden Putschs niedriger Offiziere und gemeiner Soldaten unter der Führung von Hauptmann Amadou Sanogo war die unzureichende Ausrüstung der malischen Armee im Kampf gegen die Rebellion im Norden Malis. Dahinter steckte eine grundsätzliche Unzufriedenheit mit der Amtsführung des Präsidenten ATT bezüglich der Krise, insbesondere nach einem Massaker an über 100 malischen Soldaten in Aguelhok. Der Putsch fand nur sechs Wochen vor bereits angesetzten Wahlen statt, bei denen ATT nicht mehr angetreten wäre.

Der Putsch spaltete Mali politisch und gesellschaftlich; es bildeten sich mehrere Bündnisse von Befürwortern und Gegnern des Putsches. Alle großen Parteien, die im Parlament die Regierung ATTs und dessen Konsensstil gestützt hatten (und davon profitierten), sprachen sich sofort gegen den Putsch aus und gründeten das Bündnis FDR (*Front pour la sauvegarde de la démocratie et de la république*). Die einzige Oppositionspartei im nationalen Parlament, SADI, befürwortete den Putsch und führt das Bündnis MP22 an. MP22 und COPAM (*Coordination des Organisations Patriotiques du Mali*), ein Bündnis unter der Führung des Präsidenten des als progressiv geltenden Gewerkschaftsdachverbands

CSTM, Hammadoun Amion Guindo,³ lehnten auch den nach einem „Accord-Cadre“ der Putschisten mit der Regionalorganisation ECOWAS eingesetzten Übergangspräsidenten Dioncounda Traoré ab.⁴ Insbesondere die Verlängerung seines Mandats über die von der Verfassung vorgesehenen 40 Tage hinaus stieß auf Kritik. Da innerhalb dieser Frist keine Wahlen organisiert werden konnten, einigten sich die Putschisten mit der ECOWAS auf eine Verlängerung.

Kritiker_innen wie der stark polarisierende SADI-Generalsekretär Oumar Mariko, der sich auf dem Land als Anwalt der „kleinen Leute“ gegenüber dem Staat Respekt verschafft hat, haben dem „System ATT“ Unterdrückung der Pressefreiheit und Korruption vorgeworfen. Die politische Klasse habe sich um wenig mehr als das eigene Wohlergehen gekümmert. Tatsächlich wurden wirtschaftliche und soziale Fortschritte wohl vor allem deshalb erzielt, weil umfangreiche Entwicklungshilfemittel an das vermeintliche demokratische Musterland reichlich flossen; zuletzt waren über 40 Prozent des malischen Haushalts Fremdmittel.

Die Befürworter_innen des Putsches um SADI, MP22 und COPAM gehen von einer sozialrevolutionären Stimmung in der Bevölkerung aus und streben eine fundamentale gesellschaftliche Umwälzung an. Diese Analyse ist jedoch unzureichend: Die Bevölkerung, insbesondere die ärmeren und bildungslosen Schichten, hat den Putsch in der Tat zumindest anfänglich breit, wenn auch vor allem latent, unterstützt. Viele Menschen beklagen Armut, Arbeitslosigkeit und die weit verbreitete Korruption. Sie projizierten ihre Frustration auf den Putsch. Dies erklärt, warum niemand dem über lange Zeit äußerst beliebten ATT zu Hilfe kam (Lohmann 2012). Eine soziale Umwälzung, so notwendig sie auch sein mag, kann aber nicht aus dem Stand aus einer opportunistischen Stimmung hervorgehen. Auch die gesellschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen der das gesamte gesellschaftliche und private Leben erfassenden Korruption sind ebenfalls nicht einfach durch einen Austausch der politischen Machthaber zu verändern.

Die „auf der Straße“ möglicherweise vorhandene Hoffnung, dass die Militärs weniger korrupt und stärker am Wohlergehen des Landes und seiner Bevölkerung interessiert sein würden, erfüllte sich jedenfalls nicht. Auch wenn die Plünderungen der ersten Tage schnell beendet wurden, fühlen sich vor allem ältere Malier_innen an die Willkürherrschaft des Militärregimes von Moussa Traoré erinnert, welches 1991 durch den damaligen Offizier ATT im Rahmen eines

3 Inzwischen hat Guindo COPAM verlassen und ein neues Bündnis gegründet; es geht ihm zum wiederholten Male auch um die eigene Führungsrolle; die Mitglieder werden nicht gefragt.

4 Die ECOWAS hatte die Putschisten durch Sanktionen zu einer Vereinbarung über eine zivile, verfassungsmäßige Übergangsregierung gezwungen.

Volksaufstands beendet wurde. Es kam zu Straßenschlachten und Verhaftungen. Vor allem die monatelange Untätigkeit der Putschisten bezüglich der Rebellion im Norden und die fortgesetzte politische Blockade in Bamako bezüglich der Übergangsregierung bzw. der Einsetzung einer Nationalversammlung entzog den Putschisten und ihren politischen Verbündeten zunehmend die öffentliche Unterstützung – nicht zugunsten der etablierten politischen Klasse, sondern eher als Zunahme der ohnehin verbreiteten Frustration mit Politik, Parteien und Demokratie (Cissé 2012).

Der schnelle Zerfall der seit den 1990er Jahren als afrikanisches Vorbild geltenden Demokratie Malis zeigt, dass die formalen Institutionen einer Demokratie nicht viel wert sind, wenn weder die soziale und wirtschaftliche Entwicklung vorankommt, noch verhindert wird, dass sich Cliquen und Eliten nahe an der Macht auf Kosten der Allgemeinheit bereichern (Wiedemann 2013). Es wurde auch deutlich, dass die derzeitige Politik der „good governance“ vor allem als neueste Laune des Westens gesehen wird. Man hat schon viele entwicklungs- und außenpolitische Prioritäten kommen und gehen sehen. Die politische Elite hat sich dementsprechend nicht beeilt, die Bedingungen, unter denen die reichliche Entwicklungshilfe aus dem Westen floss, wirklich umzusetzen oder bekannt zu machen; in der Bevölkerung waren eher die (angeblichen) Geschenke Gaddafis bekannt und populär.

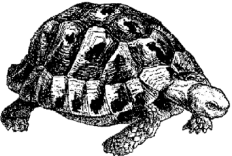
Ausblick

Die malische Übergangsregierung hat Ende Januar 2013 einen Fahrplan für die Durchführung von Wahlen und die Verhandlungen über den Norden verabschiedet. Auch wenn viele Fragen offen bleiben, insbesondere zur Rolle der Putschisten und zur technischen Organisation der Wahlen (Wählerverzeichnis, Beteiligung der Flüchtlinge), ist damit die graduelle Wiedereinsetzung der westlichen Entwicklungshilfe möglich, falls sich nicht die Racheakte und Übergriffe gegen Tuareg, Araber_innen und Maur_innen fortsetzen. Schlimmstenfalls kann es zu einem Bürgerkrieg zwischen Peul- und Sonrhai-Milizen und den Tuareg kommen. Die französische Intervention – gefolgt von der ECOWAS-Mission, welche sie zukünftig ablösen soll, wann und wie ist allerdings unklar (Boisbouvier 2013) – wurde zunächst von der malischen Bevölkerung begrüßt. Inzwischen ist die Skepsis bezüglich der französischen Motive zurückgekehrt, vor allem angesichts der Rolle der MNLA. Mit wem über was verhandelt werden kann, ist unklar. Zumindest steht der laizistische Charakter Malis (oder einer Region) wohl nicht mehr zur Disposition. Das Mandat der Übergangsregierung läuft im Frühjahr 2013 ab; falls bis dahin Neuwahlen nicht sorgfältig vorbereitet werden

können, droht eine weitere Zuspitzung der Machtverteilungskämpfe in Bamako und/oder eine Anfechtung der Ergebnisse „auf der Straße“.

Literatur

- Ag Erless, Mohamed/Koné, Djibril (2012): *Le Patriote et le Djihadiste*, Bamako.
- Boisbouvier, Christophe (2013): Sahel. Une Guerre sans fin?, in: *Jeune Afrique*, Nr. 2715, 22-31.
- Cissé, Ibrahima (2012): „*Que veulent les Maliens?*“ Enquête d'opinion, 6.-12. November 2012, Bamako.
- De Sardan, Olivier (2012): Evitons un Munich Sahélien!, in: *Le Républicain*, 11. und 12. November, jeweils S. 2.
- Doumbi-Fakoly/Magassa, Hamidou/Bâ, Ciré/Diagna, Boubacar (2012): *L'Occupation du Nord du Mali*, Bamako.
- Koné, Assane (2012): *Petit Chrono de la Crise Sécuritaire et Institutionnelle*, Bamako.
- Lohmann, Annette (2012): *Mali nach dem Militärputsch. Stresstest für die Demokratie*, Berlin.
- Rocksloh-Papendieck, Barbara/Papendieck, Henner (2012): *Die Krise im Norden Malis. Aktuelle Lage, Ursachen, Akteure und politische Optionen*, Berlin.
- Wiedemann, Charlotte (2013): Mali: Das Kartenhaus der Demokratie, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1/2013, 25-28.

express ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT		Niddastraße 64, 60329 FRANKFURT Tel. (069) 67 99 84 express-afp@online.de www.express-afp.info
	Ausgabe 10-11/12 u.a.:	○ Probieren! 4 aktuelle Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vkl.)
<ul style="list-style-type: none"> • Gisela Notz: »Her mit der Hälfte«, Konjunkturen und Grenzen der Gleichstellungspolitik • Astrid Willer/Johanna Boettcher: »Wer nützt, kann bleiben«, Arbeitsverbot für Flüchtlinge u. Anwerbung ausl. Fachkräfte • Christian Frings: »Ford-Genk – das nächste Industriedenkmal oder Auftakt der Kämpfe in der Krise?« • Health professionals melden sich zu Wort »Europäisches Manifest gegen Kommerzialisierung des Gesundheitswesens« • Theodoros Paraskevopoulos: »Merkelistes und Menetekel«, zur aktuellen Situation in Griechenland • Dijana Curkovic: »Solidarisch gegen Kriminelle«, zur Verteidigung Jadrankamens 		